



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

**Menschenrechtliche Wahlkampfbeobachtung
der Gemeinderatswahl 2012
Gutachten der Arbeitsgruppe des
Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz**

Graz, am 12.12.2012

Inhaltsverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis	3
Gesamtbeurteilung.....	4
Tabelle Diskurse und Bewertungen	5
Allgemeines zu Methode und Mandat	8
Themenbereich 1: Lebensgestaltung, privat und öffentlich, persönliche Freiheiten (insbesondere Meinungsfreiheit) und öffentlicher Raum	9
Stadtentwicklung.....	9
Nutzung, Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raums	9
Lebensstile und persönliche Freiheiten	10
Sozialer Zusammenhalt	11
Sexismus	11
Informations-, Medien- und Meinungsfreiheit	11
Themenbereich 2: Soziales, Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit	12
Überblick.....	12
Wohnen	14
Bildung.....	14
Arbeit	14
Gesundheit	14
Gesamtbetrachtung zu Gleichbehandlung und Inländerpräferenz der Parteien	15
Themenbereich 3: Kinderrechte und Generationen.....	17
Überblick.....	17
Kommentare zu den einzelnen Themenbereichen der Parteien:.....	17
Themenbereich 4: Religion und Weltanschauung	21
Überblick.....	21
Kommentare zu den einzelnen Themenbereichen der Parteien:.....	21
Themenbereich 5: Kunst und Kultur.....	23
Themenbereich 6: Barrierefreiheit.....	24
Themenbereich 7: Partizipation.....	25
Themenbereich 8: Frauenspezifische Themen	29
Themenbereich 9: Sicherheit, Gewalt und Kriminalität.....	30
Politischer Wettbewerb, Meinungsäußerung, Informations- und Versammlungsfreiheit .	31

Abkürzungsverzeichnis

Art	Artikel
BBB.....	Betty Baloo Bande
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
CP.....	Christenpartei
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Menschenrechtskonvention)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Grüne.....	Die Grünen, Alternative Liste
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Piraten	Piraten Partei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
STGG.....	Staatsgrundgesetz
StV St. Germain	Staatsvertrag von St. Germain

Gesamtbeurteilung

Die Wahlmaterialien aller Parteien enthielten auffallend viele menschenrechtliche Bezüge, in vielen Bereichen waren diese ausdrücklich, in nahezu allen Programmen und den daraus abgeleiteten Veröffentlichungen und Stellungnahmen der Parteien und ihrer Kandidatinnen und Kandidaten fanden sich implizit menschenrechtsrelevante Bezüge.

Bis auf wenige Ausnahmen waren diese Bezüge im Sinne einer Verbesserung und Weiterentwicklung angelegt und wurden daher mit „grünen Ampeln“ (in insgesamt 31 angesprochenen Diskursen der Parteien) bewertet.

Der „Ausländer“-diskurs der FPÖ in den Themenbereichen Sozialleistungen („nur für Inländer“), Bildung („Berufsberatung nach Religionszugehörigkeit“), Arbeit („Gastarbeiterstatus ohne Familiennachzug“) und zu Sicherheit („Ausländerkriminalität ohne Zusammenhang im Diskurs“) wird mit einer „gelben Ampel“ bewertet. Eine weitere „gelbe Ampel“ wurde für die pauschalierende Stellungnahme des BZÖ „Hassprediger in Hinterhof-Gebetsräumen“ vergeben. Der Dank an ein hetzerisches, antisemitisches Internetforum für die Wahlunterstützung der SPÖ wird ebenfalls mit einer „gelben Ampel“ bewertet.

Eine „rote Ampel“ wurde im Bereich Religion und Weltanschauung für den islamfeindlichen Diskurs der FPÖ vergeben. Zwei weitere „rote Ampeln“ wurden für Diskurse im politischen Wettbewerb vergeben. Zum einen betrifft dies den offenen Brief der ÖVP an Stadtrat Eustacchio und zum anderen die aggressive und verletzende Sprache der Gruppierung Wir-Wähler. Für den Diskurs zu Selbstbestimmungsrechten von Frauen der CP („Kultur des Todes“) wird ebenfalls eine „rote Ampel“ vergeben. Wir-Wähler und CP werden für ihre Forderung nach Beschränkung der Freiheit der Kunst (Freiheitsbeschränkung und Förderung von Kunstschaffenden) mit je einer „roten Ampel“ beurteilt.

Das Ergebnis der Beobachtung der zwei Beobachtungsmonate ist zusammengefasst:

- **131 grüne Ampeln in den von den wahlwerbenden Parteien eingebrachten Themenbereichen,**
- **3 gelbe Ampeln in den Bereichen Lebensstile, Soziales, Sicherheit und politischer Wettbewerb, sowie**
- **5 rote Ampeln in den Diskursen zur Lebensgestaltung, zur Religionsfreiheit, zur Freiheit der Kunst und im politischen Wettbewerb.**

TABELLE DISKURSE UND BEWERTUNGEN

Diskurs	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	KPÖ	BZÖ	CP	PP	BBB	WW
1. Lebensgestaltung im privaten und öffentlichen Raum, Informations- und Meinungsfreiheit										
• Stadtentwicklung										
• Nutzung, Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raums										
• Lebensstile, persönliche Freiheiten										
• Sozialer Zusammenhalt										
• Sexismus										
• Informations- und Meinungsfreiheit										
2. Soziales, Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit										
• Soziale Leistungen										
• Soziale Sicherheit, Armutsbekämpfung										
• Wohnen										
• Bildung										
• Lohngleichheit										
• Beruf und Familie										

Diskurs	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	KPÖ	BZÖ	CP	PP	BBB	WW
• Lehrstellen										
• Gesundheit										
• Gleichbehandlung, Diskriminierung, Herabwürdigung, Inländerpräferenz										
3. Generationen, Kinderrechte, Jugend										
• Kinderrechte und Jugend										
• Generationen										
4. Religion und Weltanschauung										
• Moscheebau, aktive Religionsausübung										
• Situation der serbisch-orthodoxen Glaubensgemeinschaft										
• Religionsunterricht										
5. Kunst und Kultur										
• Kulturpolitik										
• Kunst und Kultur										
• Kunstschaffende										
• Vielfalt, Alltagskultur										
6. Barrierefreiheit										
• Barrierefreiheit										

Diskurs	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	KPÖ	BZÖ	CP	PP	BBB	WW
7. Partizipation										
• Wahlrecht										
• BürgerInnenbeteiligung in Politik										
• Demokratie und Vielfalt										
• Geschlechterparität										
8. Frauenspezifische Themen										
• Frauenspezifische Diskurse										
9. Sicherheit, Gewalt und Kriminalität										
• Sicherheitslage in Graz										

Anmerkung: An den menschenrechtsrelevanten Diskursen ohne Ampeln haben sich die jeweiligen Parteien nicht beteiligt.

Allgemeines zu Methode und Mandat

Das Wahlkampfmaterial aller wahlwerbenden Parteien und die Veröffentlichungen in Medien wurden zwischen 17.9. und 25.11.2012 dokumentiert, analysiert und die erfassten Diskurse bewertet. Es erfolgte sowohl eine Bewertung der Diskursführung als auch, bei menschenrechtlich problematischen Themen, eine Bewertung der im Diskurs gemachten Vorschläge. Eine klare Trennung dieser zwei Bewertungsebenen war nicht immer konsequent möglich.

Die Bewertung erfolgte nach den folgenden Kriterien:

- (i) menschenrechtliche Relevanz des Diskurses,
- (ii) menschenrechtsfördernde oder menschenrechtsbeschränkende Diskursführung,
- (iii) Instrumentalisierung zur Stimmenmaximierung oder Sachfrage im Vordergrund und
- (iv) Instrumentalisierung von Menschen bzw. Gruppen.

Menschenrechtliche Relevanz vorausgesetzt, wurden Diskurse mit „Grün“ bewertet, wenn sie menschenrechtsfördernd waren, im Vordergrund die Sachfrage stand und die Diskurse nicht zu Lasten von anderen geführt wurden. Mit „Gelb“ wurden Diskurse bewertet, die lediglich ein oben angeführtes Element in negativer Ausprägung aufwiesen, und mit „Rot“, wenn die Einschränkung von Rechten Anderer zum eigenen Wettbewerbsvorteil im Wahlkampf instrumentalisiert wurde.

THEMENBEREICH 1: LEBENSGESTALTUNG, PRIVAT UND ÖFFENTLICH, PERSÖNLICHE FREIHEITEN (INSBESONDERE MEINUNGSFREIHEIT) UND ÖFFENTLICHER RAUM

Alle wahlwerbenden Parteien meldeten sich zu diesem Themenbereich. Die Arbeitsgruppe hat insgesamt 66 (SPÖ 11, ÖVP 9, Grüne 12, KPÖ 7, FPÖ 8, BZÖ 2, Piraten 9, CP 4, BBB 4) Beiträge im Zeitraum von 17.9. bis 25.11.2012 dokumentiert und analysiert. Die Diskurse mit Menschenrechtsrelevanz können zusammengefasst werden zu:

- Stadtentwicklung
- Nutzung, Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raums
- Lebensstile, persönliche Freiheiten
- Sozialer Zusammenhalt
- Sexismus
- Informations-, Medien- und Meinungsfreiheit

Stadtentwicklung

Alle Parteien befassten sich mit dem Thema Stadtentwicklung. Beiträge, die einem der anderen Bereiche primär zugeordnet werden können, werden im jeweiligen Themenbereich behandelt (zB Forderung nach Barrierefreiheit im öffentlichen Raum durch BZÖ, Grüne oder KPÖ). Im Themenbereich Lebensgestaltungsfreiheit können als wesentliche Bereiche die Vorschläge zur Verbesserung von Lebensqualität (allgemein SPÖ), gendergerechte Stadtentwicklung (KPÖ), die Schaffung von Freizeit- und Sportangeboten (Grüne, KPÖ), die Schaffung und Nutzung von öffentlichem Raum/ öffentlichen Einrichtungen/ Räumen ohne Konsumzwang (KPÖ, Grüne, Piraten), die Nutzung von Flächen für Gemeinschaftsgärten genannt werden. Alle Parteien (mit Ausnahme der FPÖ, die sich zu diesem Thema nicht explizit äußert) setzten auf Dezentralisierung, Schaffung und Verbesserung von Bezirkszentren, um das Leben in den äußeren Bezirken attraktiver (SPÖ, Grüne, Piraten) zu machen bzw. entsprechende Infrastruktur im Wohnumfeld („Stadt der kurzen Wege“, ÖVP) zu schaffen. Zur Konfliktvermeidung wurden Nachbarschaftskonzepte, Siedlungsbetreuung und die Stärkung von Zivilcourage im weiteren Sinne vorgeschlagen. SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ boten dazu auch spezifische Information zu den einzelnen Bezirken an. Ein weiteres Thema in der Stadtentwicklung war der Umgang mit religiösen Symbolen im öffentlichen Raum, insbesondere betreffend die Errichtung von Sakralbauten (im Konkreten von Moscheen, wobei der Diskurs auch in Bezug auf mögliche Anliegen von anderen Glaubensgemeinschaften gedacht werden müsste). Das Thema wurde von ÖVP (Befürwortung) und FPÖ (Ablehnung) diskutiert. Zur Beurteilung dieses Diskurses wird auf Themenbereich 4-Religion und Weltanschauung verwiesen.

Mit Ausnahme des Diskurses um religiöse Symbole wird der Diskurs Stadtentwicklung aller Parteien, die sich zum Thema äußerten, mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

Nutzung, Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raums

Die Nutzung, Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raums war der häufigste Diskurs im Themenfeld. Das Bettelverbot wurde von FPÖ und Grünen (Abschaffung), indirekt von den Piraten (Überprüfung aller Verbote) angesprochen. Die FPÖ thematisierte eigentlich Bettelei und nicht das derzeit geltende Verbot. Es kann

jedoch nicht behauptet werden, dass der FPÖ-Wahlkampf auf Kosten von bettelnden Menschen geführt würde. Das Thema spielte im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Alle Parteien thematisierten Verbote im öffentlichen Raum. Dabei ging es vorwiegend um das Alkoholverbot an bestimmten Plätzen und die Straßenmusikverordnung. Das Thema wurde mit „Weltoffenheit“, „Kommerzialisierung“ und der Frage, wer für die Ordnung im öffentlichen Raum zuständig sein soll, verbunden (Ordnungswache, private Firmen oder (ausschließlich) Polizei). Die ÖVP verteidigte ihre Politik der Regelung durch angemessene Einschränkung. Die Angemessenheit der Einschränkungen sowie die Einschränkungen selbst wurden von den anderen Parteien zum Teil heftig kritisiert. Die Piraten forderten eine sozial gerechte Überprüfung der Verbote und gegebenenfalls deren Abschaffung. Die FPÖ verlangte eine stärkere Reglementierung. Grüne und KPÖ plädierten für Weltoffenheit und gegen Verbote.

Aktionsräume für Kinder und Jugendliche, Freizeit- und Sportangebote und Öffentlicher Raum/Einrichtungen/Räume ohne Konsumzwang (KPÖ, Grüne, Piraten) wurden gefordert oder angekündigt. SPÖ und ÖVP stellten dazu ebenfalls größere Projektvorhaben vor. Eine Überwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln wurde von Grünen und Piraten abgelehnt. Die BBB thematisierte die ausschließliche Widmung des öffentlichen Raums in der Innenstadt für Adventmärkte zur Adventzeit (Verbot von Informationsständen) als unzulässigen Eingriff in Art 10 EMRK und forderte die Aufhebung dieser Einschränkung.

Insgesamt handelte es sich im Diskurs über die Nutzung des öffentlichen Raums um mehr als einen Richtungsstreit. Es ging im Diskurs auch um die Anerkennung von Lebensstilen, die gleichberechtigte Nutzung öffentlichen Raums und damit um menschenrechtsrelevante Themen in Bezug auf Artikel 8 und 10 EMRK.

Trotz in der Alltagspolitik menschenrechtlich bedenklicher Positionen und Zugänge (siehe Menschenrechtsbericht 2011) wird der Diskurs aller beteiligten Parteien im Wahlkampf mit einer „grünen Ampel“ bewertet, da die Parteien konstruktive Vorschläge machen, keine Eskalation erkennbar ist und der Wahlkampf nicht auf Kosten Betroffener geführt wird.

Lebensstile und persönliche Freiheiten

Der Diskurs über Lebensstile und persönliche Freiheiten war selbstverständlich von unterschiedlichen Werten und einer relativ großen Bandbreite an Themen geprägt. Eine Reihe von Stellungnahmen beschäftigte sich mit Suchtprävention, insbesondere auch Glückspiel (KPÖ). Das BZÖ thematisierte Drogentherapie. Näher zu betrachten war diesbezüglich der Vorschlag, Sachwalterschaften auf schwer suchtkranke Personen auszuweiten, um eine Möglichkeit zur Zwangstherapie zu erhalten. Hier wäre eine sehr genaue Rechtsgüterabwägung zur Angemessenheit einer solchen Maßnahme vorzunehmen.

Breiten Raum nahmen private Lebensentwürfe, insbesondere Familienpolitik, ein. Väterkarenz wurde von der ÖVP beworben, verpflichtend von der KPÖ gefordert. Verwirklichung der Lebensplanung mit Familie sollte ohne Einbußen (ÖVP, Piraten, CP) möglich sein. Die Institution der Ehe wurde aus unterschiedlichen Blickpunkten betrachtet, wenngleich eigentlich keine kommunale Kompetenz für Regelungen in diesem Bereich besteht. ÖVP und CP propagierten die Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau (mit Kindern). Die Piraten forderten die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist Thema der PP, diametral anders bei der CP. Kommunale Relevanz hat das Thema im Bereich von Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinsichtlich Kinderbetreuung, die alle Parteien explizit thematisierten (die CP in offen ideologischer Weise).

SPÖ, ÖVP, Grüne, KPÖ und Piraten bemühten sich ausdrücklich um die Akzeptanz (nicht nach Toleranz) unterschiedlicher Lebensstile und um Wertschätzung von Diversität.

Die CP grenzte mit ihrem heteronormativen Ansatz all jene aus, die diesem Bild nicht entsprechen (wollen). Obwohl deklariert religiös-ideologisch, ist dieser Diskurs menschenrechtlich mit einer „roten Ampel“ zu bewerten. Der Diskurs zur „Kultur des Todes“ spricht Menschen das Selbstbestimmungsrecht über sich und ihren Körper ab und ist in seiner Ausdrucksweise unangemessen. Dieser Wahlkampfdiskurs wird auf Kosten von Menschen geführt.

Mit Ausnahme der „roten Ampel“ für die CP, können die Diskurse der sich beteiligenden Parteien zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensstilen mit einer „grünen Ampel“ bewertet werden.

Sozialer Zusammenhalt

Auch der Diskurs zu sozialem Zusammenhalt war umfangreich. Dabei herrschte in weiten Teilen Konsens, nur wenige Themen wurden von beinahe allen Parteien gleichermaßen diskutiert. Die FPÖ lehnte Zuwanderung ab und äußerte sich darüber auch in abwertender Sprache, beispielsweise durch vorgebliche Islamisierung aufgrund von höheren Geburtenraten. Der diesbezügliche Diskurs wird unter Thema 4 bewertet. Die FPÖ forderte die „Deutschpflicht“ im Unterricht und vor Behörden, eine politische Forderung, die näher auf ihre Vereinbarkeit mit geltenden rechtlichen Prinzipien untersucht werden müsste. Andere Parteien standen dem Thema Zuwanderung und Integration positiv und nicht emotionsgeladen gegenüber. Die ÖVP thematisierte Sprachförderung/-förderung. Die „Integrationsdebatte“ wurde auf politischer Ebene zu einem unaufgeregtem Sachthema. Die Ausländerfeindlichkeit früherer Jahre reduzierte sich auf Islamfeindlichkeit einer einzigen Partei. Im Vordergrund standen Nachbarschaft, Zivilcourage und Siedlungsbetreuung. Bemerkenswert ist, dass in diesen Diskursen das Zusammenleben „unterschiedlicher Kulturen“ zwar thematisiert wurde, jedoch nicht Fokus der Vorschläge war.

Sämtliche im Themenbereich sozialer Zusammenhalt zu bewertende Diskurse werden aus menschenrechtlicher Sicht mit einer „grünen Ampel“ bewertet. Sie sind geeignet, menschenrechtliche Standards zu erhöhen.

Sexismus

Grüne und KPÖ thematisierten auch Sexismus als Gefährdung bzw. Ausschluss von Lebensmöglichkeiten. Not- und Schutzräume für Frauen wurden von beiden Parteien gefordert. Die Grünen forderten auch eine Verbesserung der Rechtsstellung von Sexarbeiterinnen, sowie generell Maßnahmen gegen Sexismen in Alltag, Werbung und anderen.

Beiden Diskursen wird eine „grüne Ampel“ vergeben.

Informations-, Medien- und Meinungsfreiheit

Informations-, Medien- und Meinungsfreiheit wurde von den Piraten und der BBB explizit thematisiert. Die Piraten setzten sich für einen generell freien Informationszugang ein. Die BBB kritisiert die Wahlberichterstattung und die für Kleinparteien ausgrenzenden Mechanismen der Medien, die Positionen entsprechend kommunizieren zu können. KPÖ und Grüne schlossen sich der Forderung nach einer Änderung in der Berichterstattung an.

Der Diskurs der beteiligten Parteien wird mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

THEMENBEREICH 2: SOZIALES, BILDUNG, ARBEIT, WOHNEN UND GESUNDHEIT

Überblick

Im beobachteten Zeitraum wurden 80 Stellungnahmen und Veröffentlichungen von den Parteien dokumentiert und analysiert, die sich mit den Themen Soziales, Wohnen, Bildung, Arbeit und Gesundheit ausdrücklich oder zumindest implizit beschäftigten. Die Themen, die sich hierbei herauskristallisierten, sind:

Soziales:

1. Sozialleistungen (insbesondere Sozialcard)

SPÖ: Angebote ausbauen

FPÖ: nur für InländerInnen

Grüne: auch für StudentInnen und Asylwerbende, alleinerziehende ohne GIS Befreiung bzw. Mindestsicherung – Leistungskatalog erweitern

KPÖ: Bädereintritt und Freizeitangebot verbilligen Brennstoff- und Schulgutscheine

BZÖ: Ermäßigungen für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Verkehr, Reduktion von Gebühren und Abgaben

CP: Erhöhung der Familienbeihilfe sowie Elterngeld

2. Soziale Absicherung, Armut

SPÖ: sicheres soziales Netz

ÖVP: Hilfe zur Selbsthilfe, Sofort-Hilfe Fonds

Grüne: Sozialberatung, betreute Siedlungsarbeit, Armut vermeiden, Reichtum besteuern

KPÖ: verbessern, Armut bekämpfen

Piraten: Reformierung des Sozialversicherungssystems für Selbstständige

Wohnen:

SPÖ: leistbares Wohnen

ÖVP: leistbares Wohnen

FPÖ: günstige Startwohnungen für Junge

Grüne: neue Gemeindewohnungen, leistbare Wohnungen für Junge

KPÖ: erschwingliche Mieten, Kautionsfonds, Zuzahlung

BZÖ: barrierefreie Wohnungen schaffen

CP: günstigerer Wohnraum für Jungfamilien

BBB: Kampf gegen Mietwucher, Recht auf Wohnen

Bildung:

SPÖ: exzellente Bildung für alle, kostenloser positiver Pflichtschulabschluss, 10.000 Förderstunden

ÖVP: Schulausbaubewegung derzeit, Sprachförderung, Sprachstandserhebung

FPÖ: Sprachstandserhebung, verpflichtende Sprachförderung, Obergrenzen für Deutschzweitsprachige in Klassen (25%)

Grüne: neue Mittelschule, ausreichendes Angebot an Ganztagschulen

CP: Erziehung und Unterricht nach den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen der Eltern

Piraten: freier und uneingeschränkter Zugang zu Bildung

Arbeit:

1. Lohnleichheit

SPÖ: gleicher Lohn für gleiche Arbeit

ÖVP: gleiche Bezahlung

Grüne: Beseitigung der Einkommensschere, faire Entlohnung und Zusicherung des Mindestlohns

KPÖ: gleicher Lohn für gleiche Arbeit

BBB: Recht auf Arbeit

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

SPÖ: eigenes Stadtdressort für Arbeit und Beschäftigung

ÖVP: Väterkarenz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie

KPÖ: Arbeitszeitverkürzung, Väterkarenz verpflichtend

BZÖ: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familiengerechte Arbeitsplätze durch Ausbau von Elternteilzeit

CP: familiengerechte Arbeitsplätze, Elternteilzeit

3. Lehrstellen

SPÖ: 500 mehr Lehrstellen

FPÖ: mehr Lehrstellen, Einführung von Lehrwerkstätten im öffentlichen Dienst

Grüne: qualitative hochwertige Lehrstellenplätze bei städtischen Unternehmen

KPÖ: zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche

Piraten: sichere Anstellung für Lehrlinge

Gesundheit:

SPÖ: mehr aktive Gesundheit, mehr Freizeitangebote

FPÖ: Einrichtung der täglichen Turnstunde und Vermittlung des Wissens über gesunde Ernährung

Grüne: Förderung des Breitensports und Ausbau entsprechender Angebote, Förderung von flächendeckender medizinischer Versorgung

KPÖ: keine privaten Gesundheitseinrichtungen, ausreichende Finanzierung im Gesundheitssektor

Piraten: flächendeckende medizinische Versorgung durch öffentliche Hand

Gesamtbeurteilung:

In Anbetracht des zu Verfügung stehenden Wahlmaterials der Parteien im Grazer Gemeinderatswahlkampf, kann festgestellt werden, dass der Diskurs um das Thema Soziales durchaus konstruktiv war.

Der Diskurs der Parteien zum Thema Soziales bildete den Schwerpunkt in den aufgezählten Bereichen, vor allem diskutierten die Parteien den weiteren Leistungsausbau der eingeführten Sozialcard und Möglichkeiten von Ermäßigungen und Beihilfen (Erhöhung der Familienbeihilfe bis hin zu Ermäßigungen im öffentlichen Verkehr, Bäder etc.). Verstärkt setzten sich SPÖ (9), die Grünen (8), die KPÖ (7) mit dem Thema Soziales auseinander, ebenso ÖVP (3), BZÖ (2) und FPÖ (2). Die CP und die Piraten verzeichnen jeweils eine weitere Nennung zum Thema.

Hierbei sind die Forderungen der Parteien mit einer Ausnahme konstruktiv und nicht diskriminierend: Die Forderung der FPÖ, den Sozialpass nicht an Drittstaatsangehörige zu gewähren, diskriminiert Bevölkerungsgruppen und widerspricht zudem der EU RL für aufenthaltsverfestigte Drittstaatsangehörige.

Die menschenrechtsfördernden Positionen aller beteiligten Parteien werden mit der „grünen Ampel“ bewertet. Die Inländerpräferenz im „Ausländerdiskurs“ der FPÖ wird einer Gesamtbeurteilung unterzogen.

Wohnen

Im Bereich Wohnen kann festgestellt werden, dass der Diskurs zum Thema ein sehr positiver und sozial geprägter war. Das Thema leistbares Wohnen stand im Mittelpunkt. Die Konzepte reichten von leistbaren Wohnungen für Jungfamilien bis hin zum Vorschlag, 500 neue Gemeindewohnungen zu bauen.

In der Gesamtbeurteilung ist der Diskurs mit „grün“ für alle beteiligten Parteien zu beurteilen. Verstärkt setzten sich SPÖ (4), die Grünen (4), die ÖVP (4), die FPÖ (3) und die KPÖ (4) mit dem Thema Wohnen auseinander. Die CP, BBB und die Piraten verzeichnen jeweils eine weitere Nennung zu diesem Thema.

Bildung

Im Bereich Bildung kann festgestellt werden, dass der Diskurs der wahlwerbenden Parteien auf einen offenen Zugang zu Bildung und Ausbau von Schulen abzielte. Die FPÖ unterstellte Deutschzweitsprachigen einen speziellen Förderbedarf: „42% der Grazer Volksschüler sind Kinder mit nicht-Deutscher Muttersprache – wenn in einer Klasse nur mehr zwei Kinder mit Deutsch als Muttersprache sind, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass man auf ein gleiches Sprach- und Lernniveau kommt, wie in einer Klasse, in der dieses Verhältnis umgekehrt ist.“ Zudem forderte die FPÖ in einem Artikel eine verpflichtende Beratung von muslimischen Mädchen und Buben über weiterführende Ausbildungsmöglichkeiten nach dem Pflichtschulabschluss, damit das islamische Familienbild nicht einzementiert werde. Dies stellt eine Stereotypisierung und Pauschalierung von Personen islamischer Religion dar und unterstellt ihnen, an Bildung nicht interessiert– ja sogar bildungsfern – zu sein. Eine weitere problematische Aussage fand sich in einem Artikel der CP, in dem der Sexualunterricht als Ursache für eine hohe Scheidungsrate gesehen wurde.

Der Gesamtdiskurs ist mit „grün“ zu bewerten. Verstärkt setzten sich SPÖ (5), die Grünen (5), die FPÖ (3) mit dem Thema Bildung auseinander. Die CP wie auch die Piraten verzeichnen jeweils eine Nennung zum Thema.

Arbeit

Im Bereich Arbeit kann festgestellt werden, dass es sich um einen konstruktiven Diskurs handelte, in dem über Lohngleichheit und –gerechtigkeit ebenso diskutiert wurde, wie über die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde von den meisten Parteien thematisiert.

Die FPÖ schlug einen vorläufigen Zuwanderungsstopp für Personen aus Drittstaaten, die Einführung des befristeten Gastarbeiterstatus ohne Möglichkeiten des Familienzuzuges und keine interkulturelle Öffnung des Magistrats vor.

Die Inländerpräferenz der FPÖ wird mit einer „gelben“ Ampel bewertet, alle anderen Diskurse der beteiligten Parteien mit einer grünen Ampel.

Gesundheit

Der Bereich Gesundheit spielte im politischen Diskurs der Parteien eine eher untergeordnete Rolle. Die Forderungen reichten von mehr Gesundheit und ausreichender Finanzierung bis hin zum Ausbau von entsprechenden Freizeitangeboten.

In der Gesamtbeurteilung ist der Diskurs mit „grün“ zu bewerten.

Gesamtbetrachtung zu Gleichbehandlung und Inländerpräferenz der Parteien

ÖVP: Immer wieder fanden sich Textteile ausschließlich in der männlichen Form (Bauherren, Architekten und Planer...). Ansonsten wurde immer wieder auf die klassischen benachteiligten Gruppen Bezug genommen, ohne bestimmte Gruppen auszugrenzen. Positiv ist aus Gleichstellungssicht zu erwähnen, dass gleichstellungsorientierte Maßnahmen wie die Väterkarenz und gleiche Bezahlung für Männer und Frauen genannt wurden.

SPÖ: Keine benachteiligten Gruppen wurden im Diskurs der SPÖ ausgeschlossen, sondern im Gegenteil an mehreren Stellen auf benachteiligte Gruppen als WählerInnenzielgruppe Bezug genommen. Ebenso wurden klassische Gleichstellungsmaßnahmen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und das Recht auf Altersteilzeit sowie Fördermaßnahmen für Menschen mit Behinderungen gefordert.

FPÖ: Immer wieder wurde zwischen einem imaginierten „wir“ und einem imaginierten „die anderen“ unterschieden. Das „wir“ konnte dabei auf eine sogenannte „einheimische“ Bevölkerung im Gegensatz zur „nicht einheimischen“ Bevölkerung bezogen werden (Beispiel: „für unsere Jugend“). Dadurch wurde zwar keine Gruppe unmittelbar ausgeschlossen, implizit konnte indes auch ein Ausschluss von Menschen nicht österreichischer Herkunft mitgemeint sein. Die Tatsache, dass „auch Ausländer mit einem gültigen Aufenthaltstitel in der Dauer von mehr als drei Monaten“ bezugsberechtigt für die Sozialcard sind, fand nicht die Zustimmung der FPÖ. Sie befürchteten weiteren Zuzug durch die bestehende Regelung. Damit wurde zum einen Zuzug als unerwünscht dargestellt, zum anderen wurde Zuwanderung mit dem Motiv der Armut verknüpft, indem eine soziale Vergünstigung als Motiv für die Zuwanderung dargestellt wurde. Dies reproduziert klassistische und rassistische Zuschreibungen. Generell war jedoch eine vergleichsweise vorsichtige Sprache im Umgang mit dem Thema „Zuwanderung“ erkennbar, wenngleich sich teilweise unsachliche wie unrichtige Pauschalaussagen fanden (wie etwa dass „80% derjenigen, die zu uns kommen, keine Flüchtlinge nach Genfer Menschenrechtskonvention [sic!], sondern Wirtschaftsflüchtlinge [sind]“). Ebenso fand sich an einer Stelle die Verknüpfung zwischen Islam und stereotypen Geschlechterrollen und eine stereotypisierende Gegenüberstellung anpassungsunwilliger EinwanderInnen und der „aufgeklärten“ österreichischen Aufnahmegesellschaft.

Im Bereich „Bildung“ wurde vor einer „Einzementierung“ des islamischen Familienbildes gewarnt. Kinder nicht deutscher Muttersprache sollten verpflichtet werden, vor dem Schuleintritt die deutsche Sprache zu beherrschen.

Die „interkulturelle Öffnung“ des Magistrats sollte gestoppt werden, was sich eindeutig gegen eine Diversifizierung der Verwaltung richtete und gleichzeitig Menschen nicht österreichischer Herkunft aus dem Verwaltungsdienst ausschloß.

Die Grünen: Es wurde keine Gruppe ausgeschlossen, sondern im Gegenteil der Aspekt der Antidiskriminierung auf mehreren Ebenen betont. Benachteiligte Gruppen wurden explizit als Zielgruppe des Programms genannt. Gleichstellungspolitik für Frauen war ein wesentlicher Punkt des Programms. Das Miteinander zwischen „Alteingesessenen und Neuzugezogenen“ war ein eigener Programmpunkt und damit ein Diversity-Beitrag.

Ebenso wurde an einer Stelle auf die Sensibilisierung zum Thema „sexuelle Orientierung“ in Form von Schulworkshops Bezug genommen.

KPÖ: Es wurden keine benachteiligten Gruppen ausgeschlossen, sondern ganz im Gegenteil ein Schwerpunkt des Programms (erwartungsgemäß) auf sozial Benachteiligte gelegt. Die Gleichstellung von Frauen bildete einen weiteren Schwerpunkt, stellenweise wurde betont, dass auch Frauen mit Migrationsgeschichte davon umfasst seien. In diesem Punkt unterschied sich das Programm der KPÖ von anderen Gleichstellungsprogrammen. Nicht-Diskriminierung und Anti-Rassismus wurden dezidiert als Programmpunkte angeführt.

BZÖ: Die Forderung im Wahlkampf nach besseren Ermäßigungen für eine benachteiligte Gruppe (hier: Menschen mit Behinderungen), die gleichzeitig auch eine Minderheit darstellt, ist bemerkenswert.

Piraten: Es wird keine benachteiligte Gruppe ausgeschlossen, Anti-Diskriminierung wird allerdings auch nicht explizit als Programmpunkt erwähnt.

CP: Es wurde keine benachteiligte Gruppe ausgeschlossen, Anti-Diskriminierung wurde jedoch nicht ausdrücklich als Programmpunkt erwähnt.

BBB: Es wurde keine benachteiligte Gruppe ausgeschlossen, Anti-Diskriminierung jedoch nicht ausdrücklich als Programmpunkt erwähnt. Auf Grund- und Menschenrechte wurde explizit Bezug genommen.

Wir Wähler: Es wurden PolitikerInnen und JournalistInnen (wohl auch implizit noch andere Berufsgruppen) herabgewürdigt und ihnen unterstellt, sie würden sich betrügerisch bereichern („100% Transparenz der öffentlichen Geldern: keine der Politiker, die an der Macht sind, sowie die meisten Journalisten, möchten diese Intransparenz abschaffen, weil sie Teil des Systems sind und sich darin wie Schweine suhlen“).

THEMENBEREICH 3: KINDERRECHTE UND GENERATIONEN

Überblick

Im beobachteten Zeitraum wurden 45 Statements von den Parteien veröffentlicht, die sich mit Kinderrechten und Fragen zu den Generationen und den damit verbundenen Menschenrechten ausdrücklich oder zumindest implizit beschäftigten.

Die Themen, die sich innerhalb der Diskurse zu Kinderrechten und Generationen herauskristallisierten, waren:

Kinderrechte:

1. Bildung/Schule
2. Freizeit
3. Öffentlicher Raum/Partizipation
4. Kinderbetreuung
5. Wohnen
6. Gewalt

Generationen:

1. Öffentlicher Raum/Partizipation
2. Wohnen
3. Medizinische Versorgung
4. Staatliche Leistungen

Gesamtbetrachtung:

In Anbetracht des zu Verfügung stehenden Wahlmaterials der Parteien im Grazer Gemeinderatswahlkampf kann festgestellt werden, dass die Diskurse um Kinderrechte und Generationen durchaus konstruktiv waren und in der Gesamtbeurteilung jeweils für alle diskursführenden Parteien mit einer „grünen Ampel“ zu bewerten sind.

Verstärkt setzten sich die ÖVP (12), die SPÖ (10), die KPÖ (7), die Grünen (7) sowie die FPÖ (6) mit Kinderrechten und Generationsthemen auseinander. Die Piraten verzeichneten 2 Nennungen, das BZÖ eine.

Es ist anzumerken, dass der Diskurs zu Kinderrechten durch alle beteiligten Parteien positiv und offen geführt wurde. Die Schwerpunktsetzungen unterschieden sich parteienabhängig. Tatsächlichen Bezug auf die Kinderrechtekonvention und deren Umsetzung nahmen nur die Grünen

Im Bereich der Generationen und SeniorInnen war der Diskurs der einzelnen Parteien ebenfalls positiv gestaltet und enthielt eine Vielzahl an Vorschlägen zur Verbesserung des Angebots für SeniorInnen und zur Teilnahme an der Gesellschaft.

Kommentare zu den einzelnen Themenbereichen der Parteien:

SPÖ: Die SPÖ fokussierte im Bereich der Kinderrechte stark auf den Bereich der Bildung gemäß Artikel 28 der Kinderrechtekonvention. Auch das Thema Kinderbetreuung wurde angesprochen.

1. Bildung
 - 10.000 kostenlose Förderstunden für SchülerInnen
 - Gleiche Bildungschancen für alle Bezirke
 - Zeitgemäße Ausstattung der Schulen
 - Freier Zugang zu Kunst und Kultur für Schulen und Kindergärten
2. Freizeit
 - Generationenspielplätze
3. Öffentlicher Raum/Partizipation
 - Billigere öffentliche Verkehrsmittel
5. Wohnen
 - Starterwohnungen für junge Menschen
6. Gewalt
 - Präventions- und Informationskampagne „Paragraf, Oida“ gegen sexualisierte Gewalt

Bezüglich Senioren- und Generationenthemen verwies die SPÖ auf erfolgreich initiierte Projekte (Treffpunkt Kino, Laufmaschinen), auf eine Sitzmöbeloffensive und eine Wartehäuschenoffensive zb in den Bezirken Innere Stadt oder Gries.

ÖVP: In Anbetracht des zur Verfügung stehenden Wahlmaterials der ÖVP kann festgestellt werden, dass der Diskurs um Kinderrechte konstruktiv gestaltet war. Von der ÖVP wurden verstärkt die Bereiche Freizeit und öffentlicher Raum thematisiert. Wie anhand der unten angeführten Aufzählung deutlich wird, griff die ÖVP in den Bereichen Freizeit und öffentlicher Raums/Partizipation eine Vielzahl an Themen auf, die positiv im Sinne der Artikel 3 (Kindeswohl) und Artikel 31 (Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben) der Kinderrechtskonvention zu bewerten sind.

2. Freizeit
 - Nachmittagsbildungskarten für Kinder und Jugendliche
 - Kinderfreundliche Museen
 - Indoor Kinder- und Jugendwelten
 - Outdooraktivitäten
 - Kinder- und Jugendsport
 - Kinderoperball
 - Schaffung von Multimediabibliotheken für Kinder und Jugendliche
3. Öffentlicher Raum/Partizipation
 - Projekt „Familienfreundliche Gemeinde“
 - Ombudstelle für Jugendliche
 - Kinderstadtplan
 - Top-Jugendcard
 - Kinderfreundliches Stadtklima
 - Jugendgemeinderat
 - Schaffung von Kinderparkplätzen
4. Kinderbetreuung
 - Flexible Kinderbetreuung
 - Kinderfreundliche Lebens- und Arbeitswelt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Ganztagesbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
5. Wohnen
 - Mind. 10% aller Gemeindewohnungen an junge Grazer

Im Bezug auf die Generationen ist festzuhalten, dass der Diskurs der ÖVP positiv und offen gestaltet war. So hielt die ÖVP 18 Workshops mit SeniorInnen ab, um deren Wünsche zu erfassen.

2. Wohnen

- Mehr-Generationen Wohnen

3. Medizinische Versorgung

- Mobile Seniorenbetreuung

FPÖ: Die FPÖ verwies in ihrer Gemeinderatsbilanz auf 7 Anträge zur Schaffung von mehr Kindergartenplätzen und sicheren Kinderspiel- und Sportplätzen. Die FPÖ forderte überdies leistbare öffentliche Verkehrsmittel und den Ausbau der Nachtbusse für die Jugend.

Die Grünen:

1. Bildung/Schule

- Bewegungskindergärten
- Ausbau der Turnstunden
- Stadteigene Beschäftigungsgesellschaft für Jugendliche

2. Freizeit

- Ausbau von Jugendzentren
- Gratiskonzerte im Stadtpark für Grazer Bands
- Kostenlose Kunst- und Kulturangebote für Menschen unter 27 Jahren
- Verbilligte Eintrittspreise in Grazer Bädern
- Onlinedatenbank der Grazer Sportanlagen
- Sportförderungen für verschiedene Zielgruppen
- Spezielle Sportangebote für Mädchen

3. Öffentlicher Raum/Partizipation

- Aufrechterhaltung des Kinderparlaments
- Ausweitung der Jugendermäßigung der Öffis
- Möglichkeit der Mitnahme von Fahrrädern in den Öffis
- Ausbau des Radwegnetzes

5. Wohnen

- Wohnbauförderung für Jugendliche
- Gemeindewohnungen für Jugendliche
- Ausbau von Lehrlings- und StudentInnenheimen

Im Bereich der SeniorInnen- und Generationenthemen legten die Grünen Diskursschwerpunkte auf die Generationenverständigung und auf den öffentlichen Raum. So wurden unter anderem folgende Themen aufgegriffen:

1. Öffentlicher Raum

- Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäude
- Erhöhung der Sicherheit durch optimale Straßenbeleuchtung
- Ruhebänke an Gehwegen
- Ausbau von Gemeinschaftsgärten
- Zentrale Anlaufstelle für SeniorInnen

2. Wohnen

- Nachbarschaftshilfe
- Mehr-Generationen-Wohnen
- Förderung von barrierefreiem Umbau bei Wohnungen

- Schaffung barrierefreier Gemeindewohnungen

Der Diskurs der Grünen war inklusiv und offen gehalten. Gleichberechtigung der Generationen und ein Miteinander wurden gefordert und Vorschläge dafür gegeben.

KPÖ: Im Bereich der Kinder wurde die Schaffung des Angebots von kostenlosen Sport- und Freizeiteinrichtungen für Kinder sowie Zuschüsse für Ferienaufenthalte von Kindern gefordert. Der Gemeinderatsbeschluss auf frühe sprachliche Förderung von Kindern in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen wurde als erfreuliches Signal gewertet. Die Gesamtschule ist der KPÖ ein großes Anliegen. Weiters forderte die KPÖ, dass die Stadt mehr Lehrlinge aufnehmen sollte.

Die KPÖ konzentrierte sich in ihren Statements zu SeniorInnen und Generationen auf ihre kommunalen Kernthemen, nämlich Wohnen und Pensionen.

6. Wohnen

- Schaffung von Übergangswohnungen für in Not geratene Familien und Personen

4. Staatliche Leistungen

- Keine Anhebung des Pensionsalters
- Anhebung der Mindestpension
- Ausweitung sozialer Dienste
- Öffentliche Alten- und Pflegeheime
- Erhöhung der Pflegegeldsätze
- Ausweitung der Pflegekarenz

BZÖ: Das BZÖ forderte die Besuchsbegleitung von Scheidungskindern und den Ausbau der bestehenden Maßnahmen zur Gewaltprävention in der Familie in Graz.

Piraten: Die Piraten legten einen Schwerpunkt auf Kinderbetreuung und forderten mehr Kindergartenplätze, die Aufwertung der Frühkinderpädagogik und flexible Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen. Weiters wurde die Verbesserung der politischen Bildung an Schulen gefordert und der freie Museeneintritt für Personen unter 26.

THEMENBEREICH 4: RELIGION UND WELTANSCHAUUNG

Überblick

Im beobachteten Zeitraum wurden 22 Stellungnahmen und Veröffentlichungen von den Parteien dokumentiert und analysiert, die sich mit Religion und Weltanschauung befassten. Hierbei ist anzumerken, dass sich die Materialien vorwiegend mit dem Diskurs zum Thema Moscheebau/Minarettverbot beschäftigten und 19 der bewerteten Materialien von der FPÖ stammen. Zwei Stellungnahmen sind von der ÖVP, eine von der SPÖ.

Der vorherrschende Diskurs in diesem Bereich bezog sich auf den Islam, insbesondere zum Moscheebau. Aufgrund der islamfeindlichen Aussagen der FPÖ wird dieser Diskurs insgesamt mit einer „roten Ampel“ bewertet. Ein weiterer, einzig von der ÖVP aufgebrachter Diskurs war jener zur Vermittlung von Wissen zu allen Weltreligionen in den Religionsunterrichten sämtlicher Konfessionen. Dieser Diskurs wird mit einer „grünen Ampel“ bewertet. Die SPÖ wies darauf hin, dass die Angehörigen der serbisch-orthodoxen Glaubensrichtung in Graz über keine eigene Kirche verfügten. Dieser Diskurs wird mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

Kommentare zu den einzelnen Themenbereichen der Parteien:

SPÖ: Die SPÖ wies auf die schwierige, unsichere Situation der serbisch-orthodoxen Gemeinde in Graz hin, da diese über keine eigene Kirche verfügt.

ÖVP: Die ÖVP nahm in einem Material auf Religion Bezug, und betonte das Recht anerkannter Religionen, Gotteshäuser errichten zu dürfen. Die Moschee würde ein offenes Haus sein, aber „manches müssen wir kritisch betrachten, zum Beispiel die Frauenrechte im Islam“.

Weiters schlug die junge ÖVP vor, dass Wissen über die Weltreligionen in sämtlichen Religionsunterrichten der verschiedenen Konfessionen verbreitet werden sollte.

FPÖ: Die FPÖ betonte in den gesammelten Wahlkampfmaterialien negative Auswirkungen des Moschee- bzw. Minarettbaus in Graz:

- Moschee als religiöser Magnet für radikale Islamisten
- Schaffung einer Parallelgesellschaft
- Moscheen keine „normalen“ Gotteshäuser, sondern Symbol für Machtanspruch (insbesondere Minarette)
- Islamisierung Europas
- Moscheebau hat in unserer Gesellschaft und Kultur nichts verloren

Da sich in den Wahlkampfmaterialien der FPÖ einige – aus menschenrechtlicher Sicht – kritische Punkte zum Thema Religionsfreiheit fanden, wird eine eingehendere Betrachtung des Diskurses vorgenommen.

Die FPÖ versuchte mit verschiedenen Statements eine Ablehnung der islamischen Glaubensgemeinschaft sowie der Moscheen zu schüren und führte somit einen Wahlkampf auf Kosten einer gesetzlich anerkannten Glaubensgemeinschaft und deren Angehörigen. Im Unterschied zum letzten Wahlkampf war der Diskurs sachlicher und weniger emotionsgeladen. Die Statements griffen eine teilweise vorhandene negative

Stimmung in der Gesellschaft gegenüber dem Islam auf und instrumentalisierten diese als Wahlkampfangument zugunsten der FPÖ. Der Diskurs insgesamt war islamfeindlich. Insbesondere die Äußerungen zum Moscheebau stehen in einem Spannungsverhältnis mit der Religionsfreiheit nach Art 9 EMRK, Art 18 Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art 14 STGG und Art 63 Abs 2 StV St. Germain.

Diese Wahlwerbung auf Kosten einer religiösen Gruppe wird mit einer „roten Ampel“ bewertet.

Weiters wurde in einem Interview auf eine Frage zum Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und Unis festgehalten, dass „das dort nichts verloren [hat], ist ja nicht unsere Kultur“. Durch diese Aussage wird das „Andere“ lediglich aufgrund eines religiösen Merkmals, nämlich des Tragens des Kopftuches, ausgeschlossen. Diese Ausgrenzung ohne Notwendigkeit und Rechtfertigung gegenüber einer bestimmten Personengruppe ist höchst bedenklich und von antiislamischem Gedankengut geprägt.

THEMENBEREICH 5: KUNST UND KULTUR

Der Themenbereich Kunst und Kultur wurde sehr unterschiedlich in Differenzierungsgrad und Umfang diskutiert. Es wurde sowohl zwischen Kunst und Kultur (Grüne, SPÖ) differenziert, als auch Kunst und Kultur gleichgesetzt (WIR Wähler, CP). Weiters wurde zwischen einzelnen Kunst- und Kulturschaffenden (Grüne, SPÖ) unterschieden. Beobachtbar ist die Verwendung des Begriffs „Kultur“ im Sinne einer „kulturellen Vielfalt“ (SPÖ) oder „kultureller Werte“ (CP). Auch der Umfang der Thematisierung war unterschiedlich und reichte von der Forderung nach einem kulturpolitischen Leitbild (Grüne), der Entwicklung einer eigenständigen Bezirkskultur bzw. kultureller Aktivitäten in allen Bezirken (Grüne, SPÖ) und der Schaffung von Räumen für KünstlerInnen bzw. Kultur- und Freiräumen und autonomen Kulturzentren (Grüne, SPÖ, WIR Wähler), dem freien Eintritt in alle städtische Museen (Piraten) bis zur Abschaffung der Staatskunst (WIR Wähler). Die Forderung nach zielgruppenspezifischen Kunst- und Kulturangeboten fand sich ebenso wie die Forderung nach barrierefreien Zugangsmöglichkeiten für alle Menschen (SPÖ, Grüne, Piraten).

Auf individueller Ebene (Kunst – und Kulturschaffende) reichte das Spektrum der politischen Forderungen von einer Grundsicherung für KünstlerInnen und Nachwuchsförderung (Grüne) über Räume für KünstlerInnen (SPÖ) bis zur Abschaffung von staatlichen Förderungen für Kunst- und Kulturschaffende (WIR Wähler).

Die vorhandene „Vielfalt der Kulturen“ thematisierte die SPÖ als eine Bereicherung für Graz, wohingegen die CP dafür eintrat, dass „man sich auf die abendländischen kulturellen Werte zurückzubedenken“ sollte. Die CP plädierte überdies dafür, die Grenzen der Freiheit in der Kunst neu zu definieren („natürliche Grenze“). Subventionen für den Gegenpol der Kunst, den Aktionismus, werden abgelehnt.“

Vor dem Hintergrund der Diskussionen über das Urheberrecht im Zeitalter moderner Medien fordern die Piraten eine „Reformierung des Urheberrechts, sodass Kulturschaffende direkt und ohne Zwischenschritte gefördert werden können“.

In Summe werden den Diskursen von SPÖ, Grünen und Piraten zu Kunst und Kultur „grüne Ampeln“ vergeben, wenngleich letztere nähere Ausführungen zu ihrer Forderung schuldig blieben, ging es offensichtlich um eine Förderung der Freiheit der Kunst) . „Rote Ampeln“ werden an WIR Wähler und die CP vergeben, da beide Parteien Einschränkung der Freiheit der Kunst forderten und durch ihre Wertungen Wahlkampf auf Kosten einer bestimmten Gruppe von Menschen machten.

THEMENBEREICH 6: BARRIEREFREIHEIT

Die Beobachtung der Wahlprogramme oder einzelner Veröffentlichungen unter dem Blickwinkel der „Barrierefreiheit“ orientiert sich am „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, da dieses sehr differenziert Ziele und Anforderungen formuliert, mit denen Hemmnisse, die eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft verhindern, ausgeglichen werden können.

ÖVP: Barrierefreiheit wurde im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen und Ältere thematisiert. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer Beschreibung der bisher geleisteten Aktivitäten, sodass Beobachter annehmen sollten, dass diese Bemühungen weiter fortgesetzt würden.

Im Wahlprogramm der ÖVP wurde auf das Thema Barrierefreiheit nicht konkret angesprochen, es enthielt allerdings das Bild einer älteren Frau mit Krücken.

Grüne: Das Grundsatzprogramm der Grünen spricht die Zielgruppe Menschen mit Behinderungen nicht konkret an. Die Absicht, „jungen wie älteren Menschen“ durch die Förderung entsprechender Rahmenbedingungen ein „möglichst selbstbestimmtes Leben sowie ein hohes Maß an gesellschaftlicher Teilhabe“ zu ermöglichen, inkludierte Menschen jeden Alters mit besonderen Bedürfnissen. Damit entspricht die Formulierung tendenziell jener der UN-Behindertenrechtskonvention. Auf Bezirksebene wurde in Lend unter dem Titel „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ ausdrücklich Barrierefreiheit gefordert.

KPÖ: Die KPÖ bezog die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umfassend in ihren Diskurs ein und inkludierte dabei auch pflegende Angehörigen. Ausdrücklich in den Forderungen der KPÖ angesprochen wurden die Kommunikationsformen Gebärdensprache und Brailleschrift sowie die barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Gebäuden und Transportmitteln. Die Vorschläge hinsichtlich persönlicher Assistenzleistungen, Pflegegeld bzw. Pflegegeldsätzen, Behindertentaxis standen überdies im Einklang mit den Vorgaben des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der Vorschlag, mehr Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen, fällt in den Bereich Arbeit und Beschäftigung, indirekt auch der Vorschlag zur Erhöhung der Ausgleichstaxe.

BZÖ: Das BZÖ bezog sich insoweit auf Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention, als sie den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen, primär jedoch die Zielgruppe Menschen mit körperlichen Einschränkungen, in ihr politisches Programm aufnahm. Einzelne Forderungen des BZÖ stellten dabei vor allem auf einen barrierefreien Zugang zu und innerhalb von Wohnraum sowie zu öffentlichen Gebäuden und auf die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Infrastruktur ab.

Nur die von KPÖ und BZÖ geführten Diskurse zu Barrierefreiheit gehen explizit auf die Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen ein und erheben Forderungen, die der Förderung von Menschenrechten außerordentlich nützlich sind.

Sämtliche Diskurse zu Barrierefreiheit werden mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

THEMENBEREICH 7: PARTIZIPATION

Bezugnehmend auf Art 21 AEMR wurde eine Ausweitung bisheriger Wahlrechte nur bei der KPÖ (kein Bezug zur Staatsbürgerschaft) thematisiert.

Die weitere Beobachtung der jeweiligen Ausschnitte aus den Wahlprogrammen oder einzelner Artikel fand nach mehreren Kriterien statt:

- Inwieweit wurde die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger (Zielgruppen) an politischer Gestaltung angesprochen und gab es strukturelle Überlegungen für die Umsetzung?
- Demokratisches Verständnis hinsichtlich der Vielfalt der Lebensformen in unserer Gesellschaft?
- Verwendung geschlechtergerechter Sprache als Kennzeichen für die Berücksichtigung der Zusammensetzung der Gesellschaft?

SPÖ: Die SPÖ thematisierte die Mitwirkung der BürgerInnen indirekt in den „7 Zentren der neuen Politik“ unter dem Kapitel „Mehr Flair in allen Bezirken“ dadurch, dass bereits konkrete Vorschläge für die Bezirke ausgearbeitet worden wären und nun die Zeit der Umsetzung gekommen wäre. Auch das Kapitel „Gutes Leben“, in dem die Schaffung neuer Räume für Begegnungen angesprochen wird, könnte als positiver Beitrag zur Förderung von Partizipation verstanden werden.

Die Ausrichtung der Gestaltung der Politik nach Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit entspräche einer menschenrechtlich relevanten Perspektive.

Geschlechtergerechte Sprache wurde im Vorwort verwendet, ansonsten waren die Formulierungen neutral.

ÖVP: Die Beteiligung der BürgerInnen wurde im Parteiprogramm in Form eines Appells an alle GrazerInnen, dass diese für die Gestaltung ihres Lebensraums Verantwortung hätten, angesprochen („Veränderung kann nur gemeinsam gelingen“).

Als neues Strukturelement sollten Anfrage direkt von jedem Bürger an Stadtregierungsmitglieder im Rahmen der monatlichen Gemeinderatssitzung gestellt werden können, die Beantwortung der Anfrage sollte verpflichtend sein.

Geschlechtergerechte Sprache wurde nahezu durchgängig verwendet.

FPÖ: Das Parteiprogramm thematisierte eine aktive Mitgestaltung der BürgerInnen nicht. Die Partei avisierte „glaubwürdige Bürgernähe, Transparenz und zukunftsorientierte Mitgestaltung“ und wollte sich für ein „funktionierendes Zusammenleben der Grazer Bevölkerung“ einsetzen. Die Erwähnung von Menschen mit Migrationshintergrund als Problem durch ihre Anzahl und Defizite (Deutschkenntnisse) lässt eine klare Orientierung erkennen. Diese wurde durch die Wahl der bildlichen Darstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt. Die diesbezüglichen Forderungen der FPÖ stellten die angesprochenen Werte, im Besonderen Freiheit und Chancengleichheit in Frage.

Geschlechtergerechte Sprache wurde nicht verwendet.

Der FPÖ „Ausländer“-diskurs wurde im Themenbereich 2 bereits bewertet.

Grüne: Die Beteiligung der BürgerInnen wurde thematisiert und enthielt konkrete und differenzierte Umsetzungsvorschläge für die BürgerInnenbeteiligung, die als fester

Bestandteil der Stadtentwicklung etabliert, jedoch politische Entscheidungsverantwortung nicht ersetzen sollte. Die vertretene Auffassung im Parteiprogramm war, dass Demokratie nur gemeinsam mit den BürgerInnen gelebt werden könnte. Es erfolgte keine Differenzierung zwischen BürgerInnen („Eine Stadt für alle!“), jedoch wurde die Vielfalt der Bevölkerung im Hinblick auf unterschiedliche Interessen aber auch mögliche Interessenskonflikte (vor allem thematisch im öffentlichen Raum) als gegeben wahrgenommen. Letztere sollten durch konstruktive Lösungen unter Vermeidung der Ausgrenzung von bestimmten Gruppen bearbeitet werden.

Im Vordergrund stehen die Stärkung der Ansprechstellen in den Bezirken, im Besonderen der BezirksrätInnen inkl. Erweiterung der Bezirksratskompetenzen und Budgetzuteilung sowie eine verbesserte Vernetzung zwischen den einzelnen Gremien. Zusätzlich sollte noch ein in politischen Gremien stimmberechtigter Stadtjugendbeirat eingerichtet werden.

Um die Teilhabe an der Gesellschaft zu erleichtern, wurden zielgruppenorientiert vielfältige konkrete Vorschläge gemacht, die u.a. für Jugendliche kostengünstigere bis kostenfreie Angebote im Bereich Freizeit und Mobilität, chancengleiche Bildungsangebote und Arbeitsmöglichkeiten (u.a. stadt-eigene Beschäftigungsgesellschaften, Koppelung von Förderungen an die Schaffung von Lehrstellen) vorsahen. Für die Zielgruppe SeniorInnen waren u.a. Begegnungszentren und die Förderung von Gesprächsgruppen sowie der Ausbau ehrenamtlicher Netzwerke als zusätzliche Angebote angedacht. Als vielseitig können auch die Vorschläge bezeichnet werden, um dieser Gruppe einen barrierefreien Zugang zu Dienstleistungen, Wohnraum und im öffentlichen Raum zu ermöglichen.

Geschlechtergerechte Sprache wurde durchgängig verwendet.

KPÖ: Die Beteiligung der BürgerInnen wurde thematisiert und enthielt konkrete und differenzierte Umsetzungsvorschläge.

Die Vorschläge auf struktureller Ebene betrafen einerseits die Mitwirkung der BürgerInnen durch die Stärkung der Kommunikationsmöglichkeiten in den Bezirken, ein weisungsfreies BürgerInnen-Büro für Anliegen von BürgerInnen und Erleichterung für die Abwicklung von Volksbefragungen und -abstimmungen, andererseits eine Erweiterung der Teilnahmerechte und Vertretungen aller Parteien in verschiedenen Gremien.

Als Zielgruppe für gleiche politische Rechte wurden Menschen mit Hauptwohnsitz in Graz ohne Bezug zur Staatsbürgerschaft genannt, was eine Ausweitung der bisherigen Praxis bedeuten würde.

Die KPÖ trat lt. Parteiprogramm für ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt und gegen Rassismus und Diskriminierung ein, was sie durch Vorschläge für gleiche soziale Rechte für alle unabhängig von einer österreichischen Staatsbürgerschaft, Information und Förderung von MigrantInnen oder für gleiche Rechte für Menschen mit gleichgeschlechtlicher Lebensweise untermauerte.

Geschlechtergerechte Sprache wurde durchgängig verwendet.

BZÖ: Die Beteiligung der Bürgerinnen wurde thematisiert und enthielt konkrete Umsetzungsvorschläge.

Die Wünsche von Bezirksgruppen und Bürgerinitiativen sollten in politische Entscheidungsprozesse einfließen. Strukturelle Vorschläge bezogen sich vor allem auf die verpflichtende Durchführung bisheriger direkter demokratischer Instrumente und Kommunikationsmöglichkeiten.

Als neues Instrument sollte ein Petitionsausschuss mit verpflichtender Behandlung im Ausschuss installiert werden.

Es dürfte jedoch klare – ausgrenzende – Vorstellungen gegeben haben, wer an der Gesellschaftsgestaltung mitwirken dürfte. Im Zusammenhang mit barrierefreiem Bauen wurde etwa eine Änderung des Vergaberechts gefordert, die die „heimische“ Bauwirtschaft bevorzugte und ausländische Bieterinnen ausschloß.

Als Bestätigung eines demokratischen Verständnisses könnten Äußerungen zu „Religionsfreiheit als unantastbares Gut“ verstanden werden, wobei im Zusammenhang mit „Hinterhof-Gebetsräumen, bei denen dann radikale Prediger wirken“, doch ein Pauschalverdacht gegenüber einer bestimmten Religionsgruppe ausgesprochen wurde. Die Kenntnis der deutschen Sprache wurde als Bildungschance gesehen, wobei auch die Förderung der Erstsprache befürwortet wurde.

Angeprangert wurde die Schuldenpolitik der Grazer Koalitionsregierung, wobei als Gegenmaßnahme eine „Reformpolitik das Zepter übernehmen“ müsse – eine Formulierung, die eher an monarchistische Machtverhältnisse als an demokratische Prozesse denken lässt. In diesem Zusammenhang wurde auch der Begriff „politische Exekutoren“ verwendet. Exekutor ist seiner Bedeutung als abwertend konnotiert (Vollstrecker, Hinrichtung) zu bewerten.

Geschlechtergerechte Sprache wurde teilweise verwendet.

Piraten: Die Beteiligung der BürgerInnen wurde als Kernthema thematisiert und enthielt konkrete Umsetzungsvorschläge. Die Partei selbst versuchte sich dabei als Sprachrohr von Anliegen der BürgerInnen zu positionieren.

Vorschläge waren u.a ein Bürgervetorecht, Einblick in politische Diskussionen durch Nutzung der Möglichkeiten des Internets, die Errichtung einer Bürgeranlaufstelle mit definierten Aufgaben sowie die Öffnung von Verwaltungsdaten. Mit einem Kinder- und Jugendgemeinderat sollten auch Minderjährige in die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt integriert werden. Einschränkende und ausgrenzende Verbote sollten zumindest hinterfragt, wenn nicht außer Kraft gesetzt werden.

Ein freier Zugang zum Internet wurde als menschenrechtsrelevant hervorgehoben. Die Verteilung von Informationen, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung stellte ein wesentliches Anliegen der Piraten dar, ein freier Zugang zum Internet wurde in diesem Zusammenhang als menschenrechtsrelevant hervorgehoben. Weitere Schwerpunkte waren Bildung und kostenloser Öffentlicher Verkehr, wodurch Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft erleichtert werden sollte. In einem Interview wurde überdies Änderungsbedarf hinsichtlich geschlechterstereotyper Zuordnungen erwähnt. Geschlechtergerechte Sprache wurde teilweise verwendet.

WIR Wähler: Es gab keine Hinweise auf Vorschläge für aktive Mitwirkungsmöglichkeiten der BürgerInnen.

Die Nutzung rechtlicher Möglichkeiten zur Überprüfung georteter Missstände (zB. Regelungen betreffend Wahlrecht) sowie die Forderung nach korrekter und verantwortungsvoller Vorgangsweise von Politikern und Beamten wären zwar grundsätzlich positiv zu bewerten, erwecken in ihrer Diktion jedoch teilweise einen gewalttätigen und populistischen Eindruck (etwa: „WIR schnüren den Volksbetrügern die Krägen zu“).

CP: Eine aktive BürgerInnenbeteiligung auf lokaler Ebene wurde im Programm nicht thematisiert (auf EU-Ebene sollten Bürger [sic!] mittels direkterer Demokratie stärker eingebunden werden). Ein demokratisches Verständnis im Sinne von Vielfalt, Toleranz, Antidiskriminierung erscheint äußerst fraglich; eine gleichgestellte Partizipation „anders Denkender“ sowie „freie Entwicklungsmöglichkeiten“ erscheinen mit diesem Programm (auch im Hinblick auf Art 8 EMRK) wenig vorstellbar.

Die Inhalte in den einzelnen Schwerpunkten des Programms sind in den Begrifflichkeiten eng definiert, teilweise ausschließend und pauschal abwertend (Familie im Zusammenhang mit Ehe, Kultur des Lebens vs. Kultur des Todes, die natürliche Grenze des menschlichen Empfindens im Zusammenhang mit Kunst, staatliche Sexualerziehung zerstört Grundlage von Ehe und Familie, insbesondere die Bindungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, Abschaffung der Fristenregelung, Förderung des Kinderkriegens vs. Selbstbestimmung der Frauen). Die Bewertung dieser Diskurse erfolgte zu Themenbereich 1, Lebensgestaltung.

Wer an politischer Gestaltung mitwirken sollte, erscheint klar definiert („Verbände etc. die [...] Kenntnisse [...] haben).

Geschlechtergerechte Sprache wurde teilweise verwendet, die Partei bedient sich vorwiegend neutraler Formulierungen.

BBB: Die Beteiligung der BürgerInnen an politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen wurde nicht konkret thematisiert. In allgemeiner Form war dem Programm indes zu entnehmen, dass sich diese Partei für soziale Menschenrechte einsetzen wollte, was auf ein demokratisches Verständnis und chancengleiche Partizipation an der Gesellschaft schließen lässt. Differenziert werden Bereiche wie (Erwerbs-)Arbeit, Erwerbsarbeitslosigkeit, bedingungsloses Grundeinkommen, Wohnraum, Sozialökonomie sowie Verbesserung der Umweltbedingungen und Kultur inkl. Nutzung des öffentlichen Raums angesprochen, wobei teilweise konkrete Lösungsvorschläge gemacht werden. Geschlechtergerechte Sprache wurde teilweise verwendet.

Zusammenfassend wurden vier unterschiedliche Diskurse zum Themenbereich BürgerInnenbeteiligung identifiziert und analysiert.

Die Forderung der KPÖ nach einem kommunalen Wahlrecht für alle in Graz ansässigen Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, wird mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

Zum Diskurs zur Partizipation in der politischen Gestaltung haben ÖVP, Grüne, KPÖ, BZÖ und PP beigetragen. Alle Diskurse werden mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

Im Diskurs zum demokratischen Verständnis von Vielfalt haben SPÖ, ÖVP, Grüne, KPÖ, PP und BBB Vorschläge und Vorstellungen thematisiert, die mit jeweils einer „grünen Ampel“ bewertet werden. Die pauschalierende Aussage des BZÖ zu radikalen Predigern wird mit einer „gelben Ampel“ bewertet.

Die Analyse der Geschlechterparität und –inklusion wird für SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ mit einer „grünen Ampel“ bewertet.

Themenbereich 8: Frauenspezifische Themen

Diskurse zu „frauenspezifischen Themen“ führten SPÖ, Grüne, KPÖ und CP.

Bei SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ bezogen sich in ihren Forderungen auf das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn sowie – mit Ausnahme der ÖVP – auf intersektionelle Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung.

KPÖ und Grüne argumentierten mit ihren Forderungen entlang des Rechtes auf Leben, Freiheit und Sicherheit, des Rechtes auf Bildung, des Rechtes auf soziale Sicherheit und des Rechtes auf angemessene Lebensführung.

Die CP thematisierte unter dem Kapitel „Lebensschutz“ die Abschaffung der Fristenlösung. Eine Bewertung dieses Diskurses erfolgte bereits zu Themenbereich 1, Lebensgestaltung.

In Summe werden zum frauenspezifischen Diskurs „grüne Ampeln“ an SPÖ, Grüne und KPÖ vergeben.

Themenbereich 9: Sicherheit, Gewalt und Kriminalität

Im Beobachtungszeitraum lagen 16 Meldungen zum Thema Sicherheit vor, 12 davon von der FPÖ, drei vom BZÖ und eine von den Piraten.

Der Diskurs zu Sicherheit, Gewalt und Kriminalität thematisiert bestehende Probleme und „Problemlätze“ in der Stadt, wurde großteils neutral geführt und mit einer „grünen Ampel“ beurteilt.

FPÖ: Die Forderungen der FPÖ können wie folgt gruppiert werden:

- Aufstockung Grazer Ordnungswache
- Verstärkte Polizeipräsenz durch Fußstreifen
- Billa Eck, Volksgarten, Metahofpark, Sigmundstadl und Stadtpark sicherer machen
- 100 Polizisten fehlen
- Graz als Kriminalitätshochburg, Verschlimmerung der Lage durch Grenzöffnung
- 61,41% der Häftlinge in Graz sind Ausländer oder im Ausland geborene Österreicher

Der Diskurs der FPÖ war großteils neutral gehalten, jedoch war der Hinweis auf die Inhaftiertenstatistik mit einem fremdenfeindlichen Hintergrund versehen. Die Öffnung der Grenzen und der Anteil ausländischer Staatsangehöriger oder im Ausland geborener Österreicher an den Inhaftierten in den Grazer Gefängnissen wurden als Faktoren der „Verschlimmerung der Lage“ angeführt.¹ Die FPÖ verband die Auflistung von gefährdeten Plätzen sowie allgemein dem Anstieg der Kriminalität in Graz mit der Forderung nach verstärkter Ordnungswache- und Polizeipräsenz. Der „Ausländer“-Diskurs der FPÖ wurde bereits im Themenbereich 2 bewertet.

BZÖ: Das Statement „Volksgarten sicherer machen“ war neutral gehalten, verwies auf vermehrte Probleme im Volksgarten und forderte eine nächtliche Schließung des Parks. Es wäre hierbei kritisch zu prüfen, ob eine solche Schließung eines öffentlichen Parks eine verhältnismäßige Vorgehensweise zur Bekämpfung der aufgezeigten Probleme wäre. Weitere Forderungen des BZÖ können wie folgt gruppiert werden:

- Abschaffung der Ordnungswache
- Aufstocken der Polizei
- Schaffung von Sicherheitszonen rund um Schulen
- Höhere Polizeipräsenz in städtischen Parkanlagen bei Nacht

Piraten: Die Piraten sprechen sich für eine Abschaffung des Bettelverbots und die Abschaffung der Ordnungswache aus.

¹ FPÖ, Sicherheit, http://www.fpoe-graz.at/themen_tags/sicherheit.html#.UKNUc4csCV8.

Politischer Wettbewerb, Meinungsäußerung, Informations- und Versammlungsfreiheit

Zu den neun Themenbereichen, die die Parteien im Zuge der Wahlauseinandersetzung eingebracht haben, gab es einzelne Anlässe, die in die Wahlkampfbeobachtung aufgenommen wurden. Die folgenden Äußerungen und Veröffentlichungen lassen sich am ehesten unter die Begriffe politischer Wettbewerb, Meinungsäußerung, Informations- und Versammlungsfreiheit einordnen. Sie sind nicht Kern des Wahlkampfmonitoring. Wo eine Beurteilung im Sinne des Mandats angebracht war, wurde diese vorgenommen.

Aus Anlass des offenen Briefes der ÖVP an FPÖ Spitzenkandidat Eustacchio betreffend dessen Verurteilung in der Vergangenheit nimmt die AG Wahlkampfbeobachtung auch zu diesem Thema aus menschenrechtlicher Sicht wie folgt Stellung:

Die bezughabende Verurteilung liegt 32 Jahre zurück und ist getilgt. Die betroffene Person ist durch § 113 StGB geschützt. Liegt ein Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit vor? Anzumerken ist, dass bei Personen des öffentlichen Lebens ein anderer Maßstab bezüglich Meinungsäußerungen angelegt wird (sh. dazu st. Rspr. EGMR). Ob hier ein Grundrecht tatsächlich verletzt wurde, zu beurteilen ist nicht Aufgabe des Menschenrechtsbeirates, sondern gegebenenfalls der Gerichte. Jedenfalls wird Wahlkampf auf Kosten *einer* Person unter Verweis auf Angelegenheiten ihres Privatlebens geführt. Der Unterschied zu anderen Angriffen auf politische Mitbewerber/innen im Wahlkampf liegt darin, dass jene Angriffe auf die berufliche Sphäre abzielten. Der gegenständliche Brief wurde dem Menschenrechtsbeirat auf Ersuchen nicht übermittelt, Analyse und Beurteilung beruhen auf den gegenständlichen Medienberichten.

Dieser politische Diskurs wird mit einer „roten Ampel“ beurteilt.

Die Gruppe Wir-Wähler bedient sich im politischen Diskurs einer Sprache, die unakzeptabel, weil von beleidigender Aggressivität geprägt, ist. Ähnliche Aussagen wurden von den österreichischen Gerichten kürzlich (wenngleich noch nicht rechtskräftig) als über die Meinungsfreiheit hinausgehend verurteilt. „Wir schnüren den Volksbetrügnern den Kragen zu“, „...weil sie Teil des Systems sind und sich darin wie Schweine suhlen“ sind Beispiele.

Der politische Diskurs der Gruppe Wir-Wähler wird mit einer „roten Ampel“ bewertet.

Zu den Danksagungen der Grazer SPÖ Chefin Martina Schröck auf der Facebook-Seite von Yasser Gowayed ist anzumerken, dass es ratsam gewesen wäre, sich die Hintergründe der Person näher anzuschauen, bevor ein solches Posting auf einer radikalen Seite verfasst wird. Die Seite enthält hetzerische, eindeutig antisemitische Texte und Aufrufe zu Gewalt.

Dieses Vorgehen wird mit einer „gelben Ampel“ bewertet.

Am 23.11.2012 fand die Schlusskundgebung der FPÖ am Freiheitsplatz statt. Dem Menschenrechtsbeirat wurden in diesem Zusammenhang zwei Sachverhaltsdarstellungen von Personen, denen der Zutritt zur Veranstaltung von der Polizei verwehrt wurde, zur Verfügung gestellt. Laut beiden Darstellungen wurde die Selektion durch Vertreter des Veranstalters durchgeführt und von Polizeibeamten vollzogen. Das Ereignis unterliegt als solches nicht der Bewertung des

Menschenrechtsbeirates im Rahmen der Wahlkampfbeobachtung, ist jedoch nach Ansicht der Arbeitsgruppe an dieser Stelle kritisch zu erwähnen.

Für den Menschenrechtsbeirat:
Dr.in Elke Lujansky-Lammer, Vorsitzende
Dr. Klaus Starl, Arbeitsgruppenleitung

Beilage:
Materialarchiv